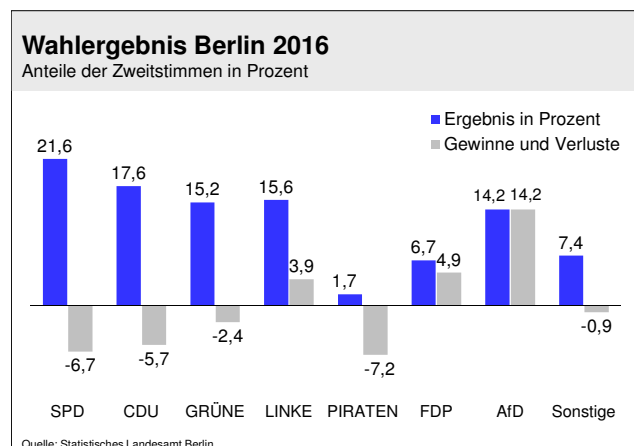


Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

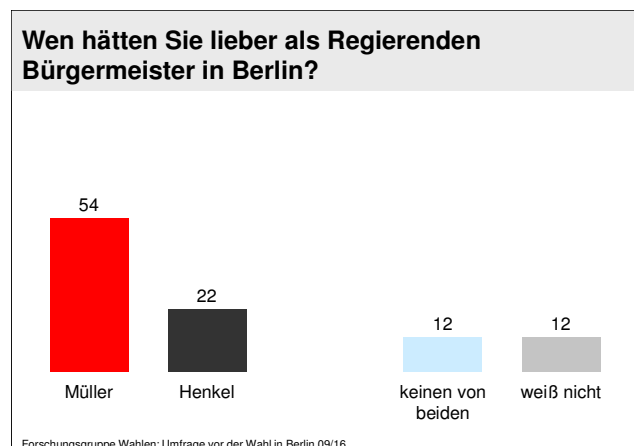
18. September 2016

Große Koalition verliert Mehrheit Nicht-Regierungsparteien als Gewinner

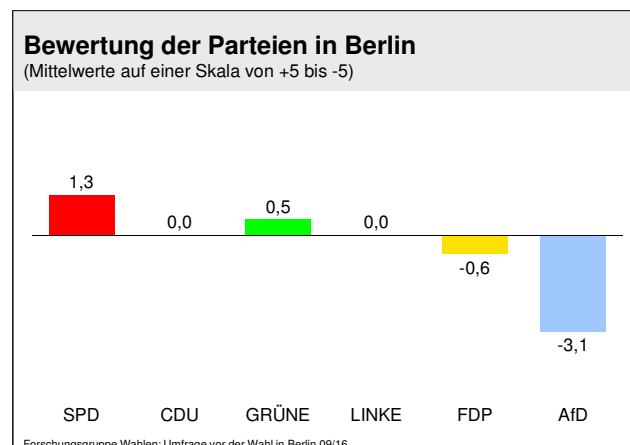
Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin fällt die SPD nach klaren Verlusten mit 21,6% auf ihr schlechtestes Berlin-Ergebnis – niemals zuvor war der Stimmenanteil einer stärksten Partei bei Landtagswahlen geringer. Mit 17,6% fällt auch die CDU auf ein historisches Tief, gleichzeitig ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl seit über einem halben Jahrhundert. Zusammen sind beide Parteien schwach wie nie und nach Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nun auch im Land Berlin nicht mehr mehrheitsfähig. Auch die Grünen verlieren, dennoch bedeuten 15,2% ihr zweitbestes Berlin-Ergebnis. Die Linke legt zu auf 15,6%. Neben der AfD mit 14,2% schafft es die FDP nach ihrem Fiasko 2011 jetzt mit 6,7% ins Abgeordnetenhaus. Die Piraten sind nach heftigen Einbußen mit 1,7% dort nicht mehr vertreten, die Wahlbeteiligung erreicht nach einem Rekordplus 66,9% (+6,7%).



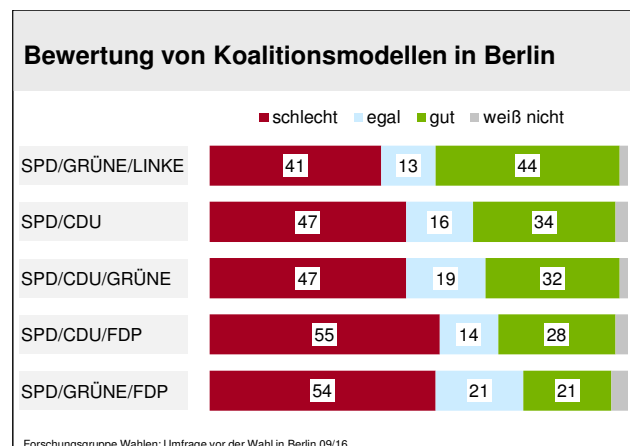
Insgesamt reflektiert das Ergebnis die inzwischen typischen Berliner Verhältnisse, wo sich bei einem traditionell schwach bewerteten Senat und vielen Problemen den Wählern in einer heterogenen Parteienlandschaft diverse Alternativen bieten.



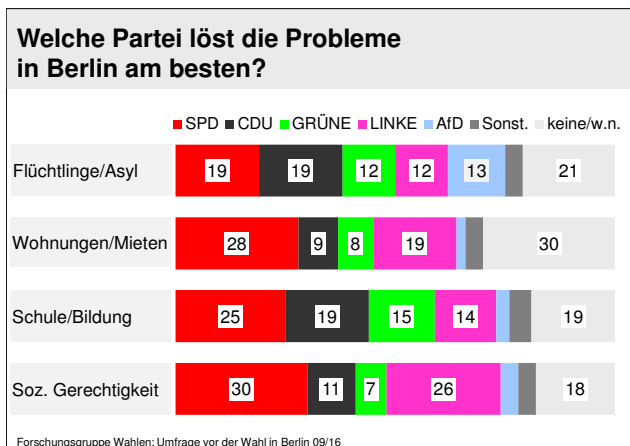
Ein erster Grund, weshalb die SPD hierbei stärkste Kraft bleibt, ist ihr Spitzenkandidat Michael Müller: Nach knapp zwei Jahren im Amt schafft er mit 1,2 auf der +5/-5-Skala zwar nicht die Beliebtheitswerte von Vorgänger Klaus Wowereit (2011: 1,6), besitzt aber die klar höchste Reputation aller Spitzenkandidaten. CDU-Herausforderer Frank Henkel bleibt mit -0,1 (2011: 0,3) wie alle CDU-Spitzenkandidaten seit Eberhard Diepgen extrem schwach und wird im direkten Duell deklassiert: Als Regierenden Bürgermeister wollen 54% der Befragten Michael Müller und lediglich 22% Frank Henkel.



Weitere Faktoren für den SPD-Vorsprung sind ihr lokales Parteienansehen, Kompetenzen gerade in sozialen Bereichen und eine indisponierte Berlin-CDU, die neben großen personellen und qualitativen Defiziten ein Imageproblem hat: Beim Ansehen liegt sie nicht nur klar bis deutlich hinter Grünen und SPD, sondern wird jetzt auch von der Linken eingeholt, die ähnlich wie die – ansonsten nur bedingt überzeugenden – Grünen von Koalitionswünschen für den nächsten Senat profitiert.

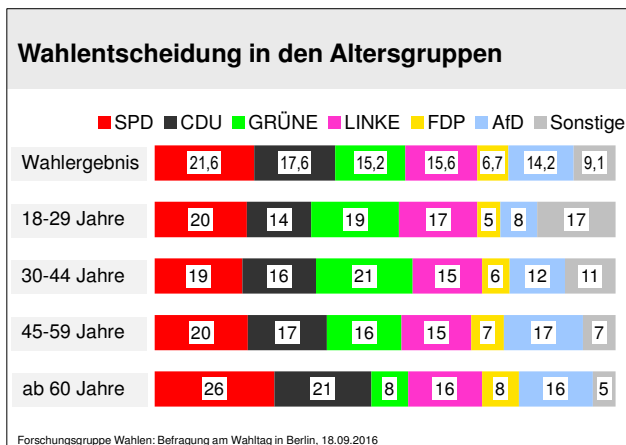


So fänden 44% aller Befragten einen rot-rot-grünen Senat gut, aber nur 34% eine rot-schwarze Neuauf-
 lage (schlecht: 41% bzw. 47%), wofür bei aller gene-
 rellen Senatskritik eher die CDU verantwortlich ist:
 Deren Regierungsarbeit wird nur mit -0,2 bewertet,
 wogegen die SPD 0,5 erreicht und sachpolitisch bei
 Jobs, Wirtschaft und Bildung als führend gilt. Zudem
 setzen in einer Stadt, in der für 86% „die Unterschie-
 de zwischen Arm und Reich immer größer werden“
 und es für 85% „kaum noch bezahlbare Wohnungen“
 gibt, die meisten Bürger bei sozialer Gerechtigkeit
 und Wohnungsmarkt auf SPD-Politik. Häufig genannt
 wird hier allerdings auch die Linke.

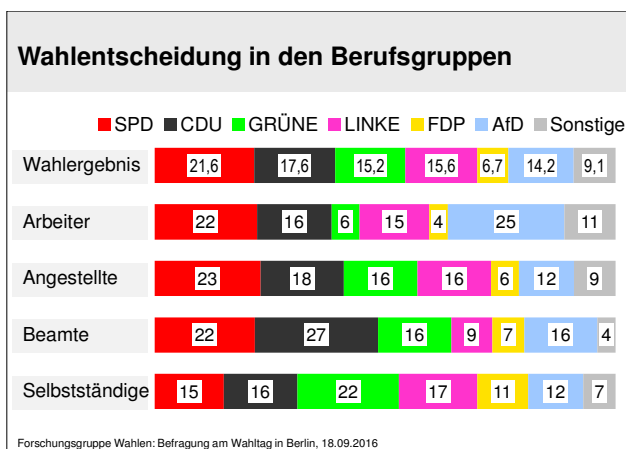


Beim Top-Thema Flüchtlinge fühlen sich jeweils 19% bei SPD bzw. CDU am besten aufgehoben, jeweils 12% bei Grünen bzw. Linke und 13% bei der AfD. Zwar hat das Flüchtlingsthema für AfD-Wähler höchste Bedeutung: Konträr zur optimistischen Grundstim-
 mung in Berlin – sowie häufig flankiert von ökonomi-
 schen Abstiegsängsten und dem Gefühl persönlicher
 Benachteiligung – meinen nur 5% (alle Befragte:
 58%), die Stadt könne die vielen Flüchtlinge verkraf-
 ten.

Dennoch wird die AfD jetzt nur von 44% wegen ihrer
 „politischen Forderungen“ gewählt, aber von 53% als
 „Denkzettel“. Adressat hierfür ist bei einer ansonsten
 klar lokalpolitisch geprägten Wahl vor allem der
 Bund, die Kommunikationsplattform liefert die „Alter-
 native“: Deren Wähler bewerten Bundesregierung
 (-2,1; alle Befragte: 0,3) und Kanzlerin (-3,1; alle Be-
 fragte: 0,9) extrem negativ und sehen in der AfD die
 „einzige Partei, die die Probleme beim Namen nennt“
 (93%; alle Befragte: 25%).



Besonders stark ist die AfD mit 21% bei den 45- bis
 59-jährigen Männern, bei allen ab 60-Jährigen – bis-
 lang bei Landtagswahlen hier relativ schwach – er-
 reicht sie jetzt ein leicht überdurchschnittliches Er-
 gebnis. SPD und CDU liegen mit 26% bzw. 21% in
 der Generation 60plus weiter über ihrem Schnitt,
 speziell die CDU bricht hier mit minus elf Prozent-
 punkten regelrecht ein. Bei allen unter 60-Jährigen
 liegt die CDU hinter den Grünen und nur knapp vor
 der Linken, wobei die Linke vor allem bei unter 30-
 Jährigen auf 17% (+10) zulegen kann. Die Grünen
 kommen hier auf 19% und bei den 30- bis 44-
 Jährigen auf 21%.



In den Berufsgruppen wird die AfD mit 25% unter
 Arbeitern stärkste Partei, die SPD hat hier heftige
 Einbußen (22%; -11). Größere Verluste haben die
 Grünen (16%; -5) genau wie die CDU (27%; -12)
 unter Beamten, hier bleibt die SPD gegen den Ge-
 samttrend stabil (22%; +1); die FDP ist bei Selbst-
 ständigen vergleichsweise stark (11%; +8).
 (Mannheim, 19.9.2016)

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer telefonischen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.656 zufällig ausgewählten Wahlbe-
 rechtigten im Land Berlin in der Woche vor der Wahl sowie auf einer Befragung unter 20.377 Wählern am Wahltag. Weitere Gfafi-
 ken und Berichte zur Wahl des Abgeordnetenhauses im Web auf www.heute.de. Nächstes bundesweites Politbarometer am
 23.09.2016. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter für eine jährliche Schutzgebühr
 in Höhe von € 15,- Bestellung@forschungsgruppe.de bestellt werden.